

Haushaltsrede der UWG zum Haushalt 2015

Im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt, dass Deutschland sich im Aufschwung befinde. Die Steuereinnahmen waren eine Zeitlang ständig höher als prognostiziert. Das hat sich geändert. Momentan korrigieren wir eher nach unten, was unweigerlich zu Unterdeckungen führt. Ein Beispiel sind die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt.

Unser Haushalt ist diesmal stark auf Kante genäht. Wenn die Ausgaben die Einnahmen auch in den nächsten Jahren so wie jetzt geplant, überschreiten, werden die liquiden Mittel, die in der Bilanz zum 31.12.2013 noch rd. 11,3 Mio. € betragen, schnell aufgebraucht sein. Unsere Gestaltungsmöglichkeiten sind dann nicht mehr gegeben. Wir investieren in 2015 massiv, mehr als wir eigentlich stemmen können. Wir nehmen dabei Zuschüsse Dritter in Anspruch, die mit unserem zu erbringenden Eigenanteil die Maßnahmen möglich machen. Wir müssen unseres Erachtens aber verstärkt darauf achten, dass wir nicht zu Getriebenen der Zuschusspolitik Dritter werden. Vielleicht sollten wir an der einen oder anderen Stelle auch mal *Nein* sagen, vor allem, wenn die Unterhaltungskosten langfristig auf uns hängen bleiben und zu einer dauerhaften Belastung werden.

Vorschläge zur Steigerung der Einnahmen sind im Haushaltsplan zu finden (Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, Erhöhung der Anliegerbeiträge für Straßenbaukosten, Erhöhung der Elternbeiträge etc.). Wir wollten speziell die Erhöhung der KAG-Beiträge um 15 Prozentpunkte nicht haben, sie sind aber mehrheitlich so beschlossen worden. Wir argumentieren mittlerweile viel zu oft, man sei gezwungen, die Beiträge und Steuersätze an das Niveau anderer Gemeinden anzupassen, weniger, dass wir niedrige Steuern und Gebühren als Wettbewerbsvorteil für unsere Stadt einsetzen wollen. Uns fehlen im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung eindeutig Maßnahmen, wie wir die Ausgaben eingrenzen wollen. Wenn wir von den Bürgern erwarten, dass sie Mehrbelastungen akzeptieren, müssen wir auf der Ausgabenseite auch klar signalisieren, dass wir sparen wollen. Dazu möchte ich den Vorschlag machen, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss in Zusammenarbeit mit dem Kämmerer in nächster Zeit damit konkret beschäftigt und Einsparungsmöglichkeiten verwirklicht. Darüber hinaus sollte eine Diskussion darüber geführt werden, ob die Stadt möglicherweise auch Aufgaben abgeben kann. Sinnvoll wäre es, bereits im Haushaltsplan 2015 konkrete Sparziele einzustellen. Dies machte die Erhöhung von Gebühren und Beiträgen nachvollziehbarer und glaubwürdiger.

Ergänzend zum Haushaltsplan 2015 halten wir an zusätzlichen Maßnahmen drei Dinge für nötig:

1. Städtische Hallen

Wir wollen in 2016 massiv Geld in die Hand nehmen, um die beiden großen Hallen in Schmallenberg und Bad Fredeburg auf den neusten Stand zu bringen. Wir halten es jedoch für notwendig, in 2015 schon einen Betrag x einzustellen, um in einer Vorplanung zu ermitteln, wie wir die Hallen zukünftig nutzen wollen. Uns schwebt vor, dass in der Verwaltung jemand sitzt, der neben seiner sonstigen Arbeit die Räumlichkeiten, die er in Schmallenberg und Bad Fredeburg vorfindet, aktiv vermarktet. Gerne werden die beiden großen Hallen im Vergleich zu den in der Regel von Schützenvereinen betriebenen Dorfhallen als Leuchtturmobjekte dargestellt, die Selbstverständlichkeit, mit der die Stadt bereitwillig Millionen darin investieren will, stößt jedoch in den Dörfern auf manches Unverständnis.

2. Radwegenetz

Vor allem in den Kernstädten Schmallenberg und Bad Fredeburg müssen innerstädtische Radwege auch vor dem Hintergrund der Schulwegsicherung verbessert werden. Auch sind Hinweisschilder und

die Radwegeverläufe zu Anbindungsmöglichkeiten an die Haupttrasse (alte Bahntrasse) nicht vorhanden.

Das allgemeine Verkehrskonzept bleibt auch auf unserer Agenda, soll aber nach Angaben der Verwaltung in den Rahmenplänen für Schmallenberg und Bad Fredeburg Berücksichtigung finden.

3. Kleinspielfeld an der Christine-Koch-Hauptschule

Das Kleinspielfeld wird für sportliche Zwecke kaum noch genutzt. Die Hauptschule würde statt des asphaltierten Platzes ein Kunstrasenspielfeld bevorzugen, das in der außerschulischen Zeit als Bolzplatz für die Kinder und Jugendlichen der Oberstadt genutzt werden könnte. Damit könnten möglicherweise auch LEADER-Mittel beantragt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat im November die Valentinschule besichtigt. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Immobilie am besten nutzen. Uns schwebt in jedem Fall zumindest teilweise eine gewerbliche Nutzung vor, um wenigstens die Kosten des Gebäudes zu erwirtschaften. Es bedarf noch eines langfristigen Nutzungskonzeptes.

Falls in den kommenden Jahren Teile der Straßenbeleuchtung erneuert werden müssen, sollten wir ins Auge fassen, auf die Strom sparende LED-Technik umzustellen.

Außerdem müssen wir WLAN in den Zentren Schmallenberg und Bad Fredeburg allgemein verfügbar machen. Zur bevorstehenden Erhöhung der Kurtaxe und des Kurbeitrages auf 2 €/Übernachtung ist die Einrichtung von Free-WLAN in diesen Orten bestimmt eine notwendige ergänzende Maßnahme.

Darüber hinaus müssen wir schnelle Internetleitungen bauen, damit die gewerbliche Wirtschaft nicht Wettbewerbsvorteile einbüßt. Auch der Holz- und Gewerbepark in Bad Fredeburg bedarf dringend einer Anbindung an schnelles Internet, damit die Vermarktung der freien Flächen gelingt und wir für weitere Betriebe die digitalen Voraussetzungen schaffen.

Ich wundere mich immer wieder, dass die Mehrfachnennungen von Straßen bei den anderen Fraktionen anscheinend kein Thema sind. Ich werde häufig darauf angesprochen und erlebe manche groteske Situation. Wir mussten uns ja schon einige Male anhören, dass das Rettungswesen die Probleme im Griff hat. Ob das so ist, erscheint uns zweifelhaft. Wenn Paketdienstfahrer, und das ist nur ein prekäres Beispiel, die, wenn überhaupt etwas oberhalb des Hartz 4-Satzes verdienen, ihre Tour nicht schaffen, ist das zumindest ärgerlich. Überhaupt verstehen viele Schmallenberger und erst recht Fremde das Festhalten an den vielen Lenne- und Hauptstraßen nicht. Warum haben wir nicht den Mut, ein Versäumnis, das bei der kommunalen Neugliederung von fast 40 Jahren übersehen wurde, mit den Bürgern zusammen zu korrigieren.

Bei den hier und heute erwähnten Vorschlägen und Anregungen, die jetzt nicht sofort beraten und beschlossen werden, behalten wir uns vor, in den nächsten Wochen Anträge an die Verwaltung zu stellen.

Für die von der Verwaltung geleistete Arbeit darf ich Ihnen, Herr Bürgermeister Halbe, Ihnen Herr König als Kämmerer und Ihnen Herr Dicke als technischer Beigeordneter ganz herzlich danken. Nehmen Sie bitte den Dank auch an für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alle mit ihrem Einsatz zum Gelingen der vielfältigen Aufgaben in der Stadt beitragen.

03. 12. 2014 gez. Stefan Wiese
Es gilt das gesprochene Wort